

Dokumentation

Außenpolitik

Karsten Giese

Krieg der Worte zwischen China und Japan

Die Stimmung zwischen der Volksrepublik China und Japan könnte nicht schlechter sein. Abgesehen von dem Dauerdisput um Territorialfragen und vermutete Ölvorkommen im Ostchinesischen Meer, die japanischen Ambitionen auf einen Ständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen und gegenseitigen Beschuldigungen im Fall des Selbstmords eines japanischen Konsultatsangehörigen lieferten wieder einmal die Besuche des japanischen Ministerpräsidenten im Yasukuni-Schrein sowie auch unüberlegte bzw. provokante Äußerungen im Hinblick auf Taiwan fast schon einen als willkommen zu bezeichnenden Anlass für verbale Entgleisungen von offizieller Seite beider Staaten.

Den chinesischen Zorn zog sich die japanische Regierung diesmal Anfang Februar zu, als der japanische Außenminister Taro Aso bei einem öffentlichen Auftritt in Fukuoka äußerte, das gegenwärtige hohe allgemeine Bildungsniveau in Taiwan sei auf die Alphabetisierung und die Verbesserung der Bildungsstandards unter japanischer Kolonialherrschaft zurückzuführen. Die alten Taiwanesen wüssten die gute Tat der früheren japanischen Generationen dort selbst zu schätzen. Als wären diese Äußerungen allein

nicht schon provokant genug gewesen, nannte Aso Taiwan in diesem Zusammenhang auch noch einen Staat. Die chinesische Reaktion folgte prompt. Kong Quan, Sprecher des chinesischen Außenministeriums, protestierte schon einen Tag später im Namen der chinesischen Regierung gegen die unerträgliche Glorifizierung der japanischen Invasion und die Verdrehung der geschichtlichen Wahrheit. Die japanische Herrschaft habe vielmehr zur Versklavung der taiwanischen Bevölkerung geführt und ein Desaster für die chinesische Nation bedeutet. Dass Taiwan schon lange vor der japanischen Invasion aufgrund des verlorenen Seekriegs von Shimonoseki 1895 vertraglich an Japan gefallen war und insofern von einer Invasion Taiwans durch Japan eigentlich nicht die Rede sein kann, blieb unerwähnt. In einem namentlich gekennzeichneten Kommentar bei Xinhua hieß es, die Bezeichnung Taiwans als Nation durch ein Mitglied der japanischen Regierung habe die Grundlagen der bilateralen Beziehungen zwischen China und Japan beschädigt.

Trotz der starken Worte, die das Außenministerium gefunden hatte, war die chinesische Verärgerung über Asos Worte offenbar nicht wirklich sehr stark. Nur fünf Tage nach dem kritisierten Auftritt traf der stellvertretende chinesische Außenminister Dai Bingguo am 9. Februar in Tokyo mit dem japanischen Außenminister zusammen, um die Wogen zwischen beiden Ländern zu glätten. Hierbei ging es jedoch nicht um Asos eigene Äußerungen sondern um die Verstärkung

mungen zwischen beiden Regierungen aufgrund der wiederholten Besuche Koizumis im Yasukuni-Schrein, die chinesische Kritik an dieser Praxis, die damit begründete Aussetzung des bilateralen Dialogs und die Kritik des japanischen Ministerpräsidenten an dieser chinesischen Haltung. Am Ende der Gespräche war zwar davon die Rede, für beide Staaten gebe es keinen Grund, von ihrer grundsätzlichen Haltung abzurücken, zukunftsorientiert freundliche und kooperative Beziehungen miteinander zu fördern. Aber die chinesische Seite gab andererseits auch nicht ihren Widerstand gegen die Wiederaufnahme des persönlichen Austauschs zwischen dem japanischen Ministerpräsidenten Koizumi und der chinesischen Führung auf. Weitere derartige Versuche der Reparatur der bilateralen Beziehungen durch den japanischen Minister für Wirtschaft, Handel und Industrie, Toshihiro Nikai, der in der zweiten Februarhälfte Gelegenheit zu einem Gespräch mit Wen Jiabao hatte, blieben ebenfalls erfolglos.

Während so die Beziehungen zwischen der chinesischen und der japanischen Regierung auf der Ebene zumindest einiger Ressortchefs routinemäßig weiter liefen, verschärfte der chinesische Außenminister Anfang März den symbolischen Krieg der Worte zwischen den beiden Staaten. Li Zhaoxing bezeichnete während einer Pressekonferenz am 8. März die Besuche des japanischen Ministerpräsidenten im Yasukuni-Schrein als dumm und amoralisch. Die japanische Regierung konterte, indem sie diese chinesischen Äußerungen als für einen Top-Diplomaten unpassend und unkultiviert bezeichnete und vergeblich versuchte, den chinesischen Bot-

schafter in Japan zwecks Übermittlung eines offiziellen Protests ins japanische Außenministerium einzubestellen. Der chinesische Botschafter Wang Yi brüskierte die japanische Regierung vielmehr zusätzlich, indem er wiederholten derartigen Aufforderungen nicht folgte, sondern vielmehr seinerseits im japanischen Außenministerium mit einem Protest vorstellig wurde. Anlass für dieses in der internationalen Diplomatie ungewöhnliche Vorgehen waren erneute provokante Erklärungen Asos.

Der japanische Außenminister hatte erneut Taiwan als eine Nation bezeichnet. Berichten der japanischen Presseagentur Kyodo zufolge hatte Aso erklärt, Taiwan sei als Demokratie erheblich gereift, sei eine Nation unter der Herrschaft des Gesetzes und ein Staat, der gemeinsame Werte mit Japan besitze. Unmittelbar im Anschluss an diese Bemerkung hatte er sich jedoch selbst korrigiert und richtig gestellt, „(...) that the Japanese government recognizes that the People's Republic of China ist the only legitimate government, clarifying, calling it (Taiwan) 'a region' would have been accurate.“ (XNA, 9.3.06) Botschafter Wang kommentierte die neuerlichen Äußerungen Asos gegenüber dem stellvertretenden japanischen Außenminister Shotaro Yachi dem Vernehmen nach mit der Aufforderung, der Außenminister möge aufpassen, was er von sich gebe. Yachi habe entgegnet, dieses träfe ebenso auf Wang selbst zu.

Bis Mitte März schoss sich das chinesische Außenministerium verbal weiter auf den japanischen Außenminister ein. Dieser habe auch weiterhin aggressive Äußerungen von sich gegeben. Er habe Taiwan erneut als

Staat bezeichnet, behauptet, intransparente chinesische Militärausgaben würden andere Länder bedrohen und einschüchtern, habe in einem Artikel geschrieben, er warte auf ein demokratisches China und hoffe, China werde ihren Nationalismus im Innern bezähmen und Imperialismus vermeiden. Qin Gang, Sprecher des chinesischen Außenministeriums, bezeichnete Asos Bemerkungen als völlig unverständlich, unangebracht für einen Mann seiner Stellung und unverantwortlich. Trotz dieser Verschärfung der Wortgefechte zwischen den Regierungen beider Länder und der wiederholten offenkundigen Provokationen Chinas durch Aso wurde bis Mitte März keine Kritik am japanischen Außenminister laut. Ein Ende der Eiszeit und des Schlagabtauschs zwischen den beiden Staaten ist vorerst nicht abzusehen, weil keine Seite zum Einlenken bereit ist und letztlich die tatsächlichen Gründe für die frostige Atmosphäre und den auf Nebenschauplätzen ausgeprägten Dauerdisput sehr viel grundsätzlicherer Natur sind. Konfligierender Führungsanspruch und die Veränderung der geopolitischen Konstellation im Zusammenhang mit dem Aufstieg Chinas sind ein längerfristiger und wohl auch weiterhin konfliktbehafteter Prozess. (WSJ, 5.2.06, 6.2.06, 11.3.06; SCMP, 12.2.06, 22.2.06, 11.3.06; ST, 22.2.06, 23.2.06, 8.3.06, 12.3.06; XNA, 23.2.06, 9.3.06, 10.3.06, 17.3.06; Kyodo News Service, 5.2.06/9.2.06/8.3.06, nach BBC PF, 6.2.06/10.2.06/9.3.06; Xinhua, 5.2.06, nach BBC PF, 6.2.06)

Kleine Schönheitsfehler in den russisch-chinesischen Beziehungen

Vladimir Putin hielt sich am 22. und 23. März mit der hochrangigsten und mit mehr 1.000 Mitgliedern aus Politik und Wirtschaft auch bislang größten Delegation zu einem offiziellen Staatsbesuch in Beijing auf. Offiziell galt der Besuch des russischen Präsidenten der Feier des zehnjährigen Bestehens der strategischen kooperativen Partnerschaft zwischen China und der Russischen Föderation sowie der Eröffnung des Russland-Jahres in der Volksrepublik. Beide Seiten versicherten einander mehrfach des hohen Grads der Zufriedenheit, mit der sie die Entwicklung der beiderseitigen Beziehungen betrachteten. In der Tat bestehen zwischen den beiden Staaten seit geraumer Zeit keinerlei ideologische Reibungen und auch sonst keine wesentlichen Interessenkonflikte in internationalen Fragen.

Unter den 29 während des Besuchs Putins in Beijing unterzeichneten Dokumenten und Verträgen befand sich nur eines von grundsätzlicher politischer Bedeutung. Dabei handelt es sich um die gemeinsame Abschlusserklärung des russischen und des chinesischen Präsidenten. Eine der für die internationale Politik wichtigsten Vereinbarungen dürfte der letzte Punkt dieser gemeinsamen Erklärung darstellen. Darin heißt es, Russland und China wollten die Etablierung eines trilateralen Konsultationsmechanismus zwischen ihren beiden Staaten und Indien beschleunigen. Beide Seiten seien sich einig darin, dass ein derartiger trilateraler Mechanismus der Ausschöpfung des öko-

nomischen Entwicklungspotenzials dienen und die Fähigkeit der internationalen Gemeinschaft stärken werde, neuen Gefahren und Herausforderungen zu begegnen.

Dieses diplomatisch geschliffene Dokument zeigt trotz aller positiven Bewertungen diverser Aspekte der bilateralen Beziehungen jedoch auch bestehende Schwierigkeiten und Defizite der strategischen Partnerschaft auf. Hu Jintao und Vladimir Putin versichern einander in der gemeinsamen Erklärung, dass die weitere Stärkung der bilateralen Beziehungen eine prioritäre Stellung in ihrer jeweiligen Außenpolitik besitzen werde. Gleich im ersten Abschnitt der Erklärung bekennen sich beide Seiten zur Fortführung der regelmäßigen Konsultationen zwischen den Premiers beider Länder und bewerten den Mechanismus als wichtigsten institutionalisierten Weg zur gemeinsamen Umsetzung von Politik.

Abgesehen von dem in diesem Rahmen bereits bestehenden Konsultationsmechanismus in Sicherheitsfragen soll nunmehr u.a. auch eine gemeinsame Unterkommission für die Kooperation im Umweltbereich eingerichtet werden. Offenbar unter dem Eindruck des jüngsten Chemieunfalls in Nordostchina und dessen Auswirkungen auf das Ökosystem auf russischer Seite wird dieser Punkt in dem Dokument ein zweites Mal aufgegriffen und näher ausgeführt. Demnach soll die neue Unterkommission direkt bei der Gemeinsamen Kommission für die Regelmäßigen Treffen der Staatsoberhäupter angesiedelt sein und der Stärkung von Umweltschutzmaßnahmen in den Grenzregionen dienen. Beide Seiten verpflichten sich dazu, Maßnahmen zu ergreifen, umweltschä-

digende Unfälle zu verhindern sowie Umweltrisiken im Grenzgebiet zu minimieren. Ferner wolle man die Verhandlungen über ein Abkommen zum Schutz und zur rationalen Nutzung der grenzüberschreitenden Wasserressourcen beschleunigen.

Auch in den bilateralen Wirtschaftsbeziehungen herrscht keineswegs völlige Zufriedenheit mit der bisherigen Entwicklung. Während China bislang vergeblich auf die Zusage Russlands zum Bau einer Ölpipeline zur Versorgung Nordostchinas hofft, wächst auf russischer Seite die Unzufriedenheit über die von russischen Rohstofflieferungen an China dominierten Handelsbeziehungen. In der Erklärung zum Treffen Hu Jintaos und Vladimir Putins heißt es hierzu, man wolle weiterhin Anstrengungen unternehmen, die Struktur des bilateralen Handels zu verbessern, den Anteil an mechanischen und elektronischen Produkten an den Warenströmen zu erhöhen sowie Qualität und Volumen von Handel und wirtschaftlicher Zusammenarbeit zu erhöhen. Insbesondere plane man, verschiedene Formen der Kooperation in der Produktion von Automobilen, Landwirtschaftsmaschinen und Ausrüstungen im Energiesektor zu verstärken. Der wirtschaftliche Austausch im Hinblick auf Hochtechnologie, Informationstechnologie, Kernkraft und Flugzeugbau soll ebenfalls intensiviert werden. Diesem Ziel soll auch ein Investitionsschutzabkommen dienen, das gegenwärtig zwischen beiden Staaten diskutiert werde.

Die Zusammenarbeit im Energiesektor bezeichneten beide Staatspräsidenten in dem gemeinsamen Dokument als wichtigen Bestandteil ihrer strategischen koopera-

tiven Partnerschaft. Für Russland ist China ein wichtiger Partner im Hinblick auf seine Anstrengungen zur Diversifizierung seiner Absatzmärkte für fossile Energieträger. Für China sind andererseits russische Rohstofflieferungen ein wichtiger Bestandteil der Diversifizierung seiner Energieimporte. Man sollte somit davon ausgehen, dass es sich hierbei für beide Seiten um eine klassische Win-Win-Situation handelt. Völlig ungetrübt ist das chinesisch-russische Verhältnis aber in dieser Frage keineswegs. Zwar wollen beide Seiten nun auch die Lieferung elektrischer Energie aus Russland nach China in großem Umfang fördern. Auch wurde man sich handelseinig, dass über zwei noch zu errichtende Gaspipelines ab dem Jahr 2011 jährlich ca. 60-80 Mrd. Kubikmeter russisches Erdgas nach China geliefert werden sollen. Dennoch war der russische Präsident Putin auch diesmal nicht dazu bereit, China eine Zusage für die von der Volksrepublik seit langem dringend gewünschte Abzweigung der im Bau befindlichen Ölpipeline in den russischen Fernen Osten zu geben.

Die russische Regierung hatte sich im Jahr 2003 dafür entschieden, die Pipeline, die 2008 fertig gestellt werden soll und dann bis zu 30 Mio. t Rohöl jährlich transportieren wird, nicht auf chinesischem Boden sondern vielmehr auf dem eigenen Territorium enden zu lassen. Seither stehen China und Japan in Konkurrenz um russische Öllieferungen über diese Pipeline, was die russische Verhandlungsposition gegenüber beiden energiehungrigen Staaten erheblich stärkt. Das gilt umso mehr, als auch Indien an einem Abzweig von der Pipeline und russischen Öllieferungen interessiert ist. Putin

ist China gegenüber nicht zu einer positiven Entscheidung bereit. Vielmehr ist anzunehmen, dass Russland von China weitere und vor allem konkrete Schritte hin zu einer ausgewogeneren bilateralen Handelsstruktur erwartet – und wohl auch sehen wird. Das einzige schwache Zugeständnis war in dieser Sache jüngst die Zustimmung zur Erstellung einer Machbarkeitsstudie von chinesischer Seite. Die geplante Gaspipeline ist für Beijing daher nur ein schwacher Trost, obgleich es sich um das erste derartige Projekt und ein erhebliches Volumen handeln wird. (ST, 22., 23.3.06; SCMP, 22.3.06; HB, 22.3.06; FAZ, 22.3.06; RTR Russia TV, 21.3.06, nach BBC PF, 22.3.06; Xinhua, 21.3.06, nach BBC PF, 24.3.06)

Neue Nadelstiche aus Taiwan

Bereits Ende Januar kündigte sich mit einer Rede des taiwanischen Präsidenten Chen Shuibian neuer Konfliktstoff für die Beziehungen zwischen Beijing und Taibei an. Chen hatte angekündigt, den Nationalen Vereinigungsrat sowie die für dessen Arbeit und als Blaupause für die taiwanische Wiedervereinigungspolitik geltenden Richtlinien für die nationale Vereinigung abzuschaffen.

Die zu erwartende Reaktion aus Beijing folgte wenig später beispielsweise in einer Stellungnahme seitens des Büros für Taiwanangelegenheiten. Dessen Sprecher Li Weiwei erklärte, die Ankündigung zeige, dass Chen ein Unruhestifter und Saboteur der Beziehungen zwischen beiden Seiten der Taiwan Straße sei und eine Unabhängigkeit Taiwans über eine Verfassungsänderung zu zementieren

tieren suche. Insbesondere der Hinweis auf die mögliche Verfassungsänderung war jedoch gar nicht Gegenstand der Ausführungen Chens zur Abschaffung des Nationalen Vereinigungsrates gewesen. Kritik kam allerdings auch aus Washington. J. Adam Erel, Sprecher des US-amerikanischen Außenministeriums betonte öffentlich, die Vereinigten Staaten wendeten sich gegen jeglichen Versuch zur Veränderung des Status Quo zwischen China und Taiwan, ganz gleich von welcher Seite dieser initiiert werde. Ende Januar war demnach bereits klar, dass Chen Shuibian sich mit seinem in erster Linie innenpolitisch motivierten Vorstoß allein befand (vgl. auch C.a. 2/2006, S. 157-160).

Noch einen Tag bevor der taiwanische Präsident schließlich am 27. Februar 2006 seine Ankündigung in die Tat umsetzte, wurde über die chinesische Nachrichtenagentur Xinhua eine Warnung verbreitet. In einer gemeinsamen Stellungnahme erklärten die Kommunistische Partei und das Büro für Taiwanangelegenheiten der chinesischen Regierung, Chen eskaliere mit dem angekündigten Schritt seine secessionistischen und auf eine Unabhängigkeit Taiwans abzielenden Aktivitäten, riskiere eine ernste Krise im Verhältnis zwischen Beijing und Taipei. Letztlich drohe dadurch auch die Zerstörung von Frieden und Stabilität im asiatisch-pazifischen Raum. Die Arbeitsbeziehungen zwischen beiden Seiten der Taiwan Straße liefen jedoch weitgehend ungestört weiter. So hatte die chinesische Regierung in der ersten Februarhälfte das Verbot der Beschäftigung von Fischern des Festlands in der taiwanischen Fischereiflotte aufgeho-

ben. Auch der Wunsch nach Verhandlungen über die Aufnahme regelmäßiger Charterflüge zwischen dem chinesischen Festland und Taiwan blieben unberührt.

Offensichtlich aus Rücksicht auf die warnenden Stimmen aus Washington verkündete Chen Shuibian am 27. Februar die Suspendierung, nicht aber die Abschaffung des Nationalen Verteidigungsrates und setzte zugleich die Richtlinien für die nationale Vereinigung außer Kraft. Insgesamt handelte es sich - und dessen waren sich Beijing und Taipei sehr wohl bewusst - nur um einen Akt symbolischer Politik. Schließlich hatte der 1990 gegründete Rat seit dem Jahr 2000 nicht mehr getagt. Auch hatte der taiwanische Staatshaushalt diesem Gremium seit einiger Zeit lediglich ein symbolisches Budget zugewiesen.

Die Kritik Chinas an diesem Schritt Chen Shuibians hielt sich nach dessen Vollzug in engen Grenzen, obwohl das internationale Medienecho anderes vermuten lässt. Zunächst meldete sich nur das zuständige Büro für Taiwanangelegenheiten zu Wort, sprach von der Gefahr einer de jure Unabhängigkeit Taiwans, richtete seine Kritik jedoch gezielt gegen die Person Chen Shuibians und nicht gegen die taiwanische Regierung im Ganzen. Chen repräsentiere die Spaltungskräfte der taiwanischen Unabhängigkeitsbefürworter, und er allein habe die gemeinsame Basis verlassen und mit diesem einseitigen Schritt die Türen für weitere Verhandlungen zwischen beiden Seiten der Taiwan Straße zugeschlagen. Präsident Hu Jintao wiederholte in einer öffentlichen Stellungnahme lediglich die altbekannte Haltung der chinesischen Regierung, China wer-

de eine formale Unabhängigkeit Taiwans keinesfalls zulassen.

Das verbale Säbelrasseln von Seiten des chinesischen Militärs fiel in diesem Fall ebenfalls eher gemäßigt aus und ist mehr im Zusammenhang mit der zeitgleich Anfang März stattfindenden Plenartagung des Nationalen Volkskongresses zu sehen denn mit der Entscheidung Chen Shuibians. Die Generalität teilte lediglich mit, man wolle die militärische Ausbildung stärken und sei vorbereitet, die nationale Sicherheit ebenso zu garantieren wie die Wiedervereinigung, Souveränität und territoriale Integrität der chinesischen Nation. Der NVK schloss in der ersten Märzhälfte ebenfalls mit der Verabschiedung einer Resolution, in der er secessionistischen taiwanischen Unabhängigkeitskräften und -aktivitäten den Kampf ansagt. Weitere Warnungen Hu Jintaos und Wen Jiabaos in Richtung Taipei Mitte März folgten dem bekannten Muster.

Eine neue Dimension erhielt die chinesische Reaktion auf die innenpolitisch motivierte Provokation seitens des taiwanischen Präsidenten lediglich dadurch, dass die chinesische Regierung erstmalig systematisch versuchte, die internationale Gemeinschaft gegen Taiwan zu mobilisieren. Entsprechende Telefonate oder Unterredungen chinesischer Spitzenpolitiker mit UN-Generalsekretär Kofi Annan, dem Präsidenten der Vollversammlung der Vereinten Nationen Jan Eliasson, Bundeskanzlerin Angela Merkel, Regierungsvertretern der Russischen Föderation, Südkoreas, Singapurs und sogar Japans sowie mit Repräsentanten der Europäischen Union deuten auf ein neues erweitertes Repertoire der chinesischen Politik zur Ab-

wehr taiwanischer Bestrebungen nach mehr politischem Spielraum auch jenseits des traditionellen Säbelrasselns hin. Die Wirkung blieb nicht aus. Alle genannten Staaten und Organisationen äußerten in unterschiedlicher Form Bedenken und Beunruhigung gegen die Entscheidung Chen Shuibians für eine Aussetzung der ohnehin seit langem auf Eis liegenden Arbeit des Nationalen Vereinigungsrates. Sogar UN-Generalsekretär Annan ließ sich zu der Stellungnahme bewegen, die Vereinten Nationen würden am Ein-China-Prinzip festhalten.

Der chinesischen Regierung, die bislang die Taiwanfrage als ausschließlich innerchinesische Angelegenheit betrachtet wissen will und sich gegen jedwede Form der Einmischung von außen verwehrt, ist es mit der Anrufung ausgewählter einflussreicher Staaten der Weltgemeinschaft damit gelungen, Taiwan und der dortigen Bevölkerung eindringlich vor Augen zu führen, wie isoliert die Insel politisch international tatsächlich ist und wie sinnlos Versuche der taiwanischen Regierung zur Erweiterung des außenpolitischen Spielraums letztlich sind. Darüber hinaus setzte Beijing seine Anstrengungen fort, den in Taiwan inzwischen wenig populären Präsidenten Chen Shuibian als einzigen wahren Sündenbock zu entlarven. Die chinesische Regierung setzt offen auf einen politischen Wechsel in Taiwan, erhofft sie sich doch von einer stärker auf China fixierten Guomindang in Taiwan bessere Perspektiven für die eigene langfristige politische Agenda der Wiedervereinigung. (WSJ, 8.2.06, 22.2.06, 26.2.06, 28.2.06, 12.3.06; ST, 28.2.06, 3.3.06, 4.3.06, 6.3.06; SCMP, 9.2.06, 8.3.06; FT, 28.2.06; NZZ,

13.3.06, FAZ, 15.3.06; Xinhua, 28.2.06, nach BBC PF, 1.3.06)

Deutsche Regierung setzt erste neue Akzente in der China-Politik

Die Bundesregierung hat sich offensichtlich die Verbesserung der Rahmenbedingungen für deutsche Unternehmen im China-Geschäft auf die Fahnen geschrieben. So waren der Schutz geistigen Eigentums und der Kampf gegen Urheberrechtsverletzungen in China erste deutliche Akzente, die der deutsche Außenminister Steinmeier während seiner Gespräche in China Ende Februar setzte. Diese Frage wurde von deutscher Seite im Gegensatz zur Praxis der Regierung Schröder offen und auch öffentlich während einer gemeinsamen Pressekonferenz des chinesischen Außenministers Li Zhaoxing mit seinem deutschen Gast angesprochen. Steinmeier reagierte damit offensichtlich auf die in der deutschen Öffentlichkeit erhobenen Vorwürfe, in China seien Teile der deutschen Transrapid-Technologie kopiert und als eigene Entwicklung ausgegeben worden.

Steinmeier erklärte nach seinem Treffen mit dem chinesischen Amtskollegen Li in Beijing, man habe Einzelfälle im Zusammenhang mit Technologiediebstahl besprochen, vermied jedoch jeden Hinweis auf den Transrapid. In einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Li hatte er festgestellt, dass sich die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen zwischen China und Deutschland gut entwickelten. Allerdings benötige man dafür feste und sichere Rahmenbedingungen. Die gegenwärtigen Unklarheiten über Urheberrechtsver-

letzungen sollten daher im beiderseitigen Interesse möglichst bald aus der Welt geschafft werden, so Steinmeier weiter.

Offensichtlich im Zusammenhang mit der von Experten geäußerten Vermutung, Hochtechnologie vom Charakter des Transrapid könne nicht ohne Wissen und Billigung der chinesischen Regierung kopiert werden, sprach Steinmeier davon, über die Haltung Chinas zum Schutz geistigen Eigentums müsse noch diskutiert werden. Es könne auch nicht im Interesse der Volksrepublik sein, wenn ausländische Unternehmen aus Furcht vor Technologiediebstahl ihr Engagement in China grundsätzlich überdächten. Von asiatischen Unternehmen ist bekannt, dass diese darauf bedacht sind, nicht ihre neuesten Technologien in China zum Einsatz zu bringen oder dorthin zu exportieren, weil sie Nachbauten fürchten.

Bei den Gesprächen spielte der Anfangsverdacht im Zusammenhang mit dem Transrapid zwar offensichtlich eine zentrale Rolle, dennoch kam es nicht zu einem scharfen Protest der Bundesregierung. Hier wird abgewartet, ob es zwischen Thyssen-Krupp und den chinesischen Partnern noch zu einer Unterzeichnung eines Lizenzabkommens kommen wird, das den Nachbau von Transrapid-Technologie legalisieren würde. Nicht zu vernachlässigen dürfte auch die Bereitschaft der chinesischen Regierung gewesen sein, die Transrapid-Strecke vom neuen Shanghaier Flughafen in Pudong über die bisherige Endstation im Shanghaier Stadtgebiet bis nach Hangzhou zu verlängern.

Öffentlich waren die Vorwürfe des Technologiediebstahls im Zusammenhang mit dem Transrapid insbesondere vom bayeri-

schen Ministerpräsident Stoiber vorgetragen worden. Der deutsche Außenminister folgte jedoch offensichtlich der Einschätzung des Wirtschaftsministeriums. Dort hieß es, die Prüfung derartiger Vorwürfe obliege in erster Linie den betroffenen Unternehmen des Transrapid-Konsortiums und sei nicht primär Sache der Bundesregierung. Von Seiten des Konsortiums wurde offiziell der Vorwurf des Diebstahls geistigen Eigentums jedoch bislang nicht erhoben; die Prüfung dauere an, hieß es.

Li Zhaoxing zeigte sich sehr zufrieden sowohl mit den Konsultationen zwischen ihm und dem deutschen Amtskollegen als auch der Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen den Außenministerien beider Staaten. Beide Seiten betonten ihre Bereitschaft, die bilateralen Beziehungen zu vertiefen und einen strategischen Dialog zwischen China und Deutschland zu etablieren.

Spielte die Taiwanfrage während des China-Besuchs des deutschen Außenministers keine Rolle, so wurde diese aus aktuellem Anlass vom chinesischen Premier Wen Jiabao Anfang März in einem Telefongespräch mit Bundeskanzlerin Merkel thematisiert. In diesem Gespräch im Vorfeld des für Mai geplanten Antrittsbesuchs Merkels in China beklagte Wen Jiabao die offene Provokation der Regierung in Taiwan, die beschlossen hatte, das mit Fragen der Wiedervereinigungspolitik befasste National Unification Council abzuschaffen. Von der chinesischen Nachrichtenagentur Xinhua wurde Bundeskanzlerin Merkel mit den Worten zitiert, Deutschland halte unverrückbar an seiner Ein-China-Politik fest und sei sehr besorgt über den jüngsten Schritt der Füh-

rung in Taiwan. Deutschland hoffe, die Taiwan-Frage könne friedlich und in Übereinstimmung mit dem Ein-China-Prinzip gelöst werden. (FAZ, 22., 23.2.06; FT, 23.2.06; HB, 23.2.06; Xinhua, 22.2.03, nach BBC PF, 23.2.06; Xinhua, 2.3.06, nach BBC PF, 3.3.06)

Chinas Erfolge in Afrika

Auf der diesjährigen Plenarsitzung des Nationalen Volkskongresses zeigte sich der chinesische Außenminister voller Zufriedenheit über die Entwicklung der Beziehungen Chinas zum afrikanischen Kontinent. Er sei sich sicher, so Li Zhaoxing, dass China und Afrika auf bestem Wege seien, eine strategische Partnerschaft aufzubauen, die gegenseitige Unterstützung in der Politik beinhalte, eine wirtschaftliche Win-Win-Situation darstelle und auch auf kulturellem Gebiet intensiven Austausch beinhalte.

Anlass für die so zur Schau gestellte Zuversicht war die Reise, die den chinesischen Außenminister im Januar 2006 in sechs afrikanische Staaten geführt hatte. In Cap Verde hätte man ihm einen warmen Empfang bereitet, in Nigeria sei trotz engen Terminplans des nigerianischen Außenministers eine zweistündige Unterredung ermöglicht worden und in Liberia habe er sich von der wichtigen Rolle, die die chinesischen Friedenssicherungstruppen im Lande spielen, sowie deren harmonisches Miteinander mit der örtlichen Bevölkerung überzeugen können.

Der chinesische Erfolg auf dem afrikanischen Kontinent speist sich aus verschiedenen Bestandteilen der chinesischen Politik.

Aufgrund des Rohstoffhungers der chinesischen Volkswirtschaft investieren staatliche chinesische Unternehmen auch in Staaten, die sich als Investitionsstandort für westliche Firmen aufgrund der Menschenrechtssituation (öffentlicher Druck) oder zu großer Investitionsunsicherheit (Politik, Instabilität) verbieten, und stützen damit vielfach als nicht gerade demokratisch geltende Regime ohne moralisch erhobenen Zeigefinger oder offen zur Schau getragenes politisches Sendungsbewusstsein. Um in den Besitz von Rohstoffen und den Genuss von politischem Einfluss zu kommen, bietet Beijing Sach- und Geldspenden, Infrastrukturprojekte, wirtschaftliche Hilfe, billige Kredite, Schuldenerlass und nicht zuletzt auch Waffen und militärische Ausrüstung.

China ist es in den vergangenen zehn Jahren aufgrund seines größeren Verständnisses für die Bedürfnisse und die Psychologie afrikanischer Entwicklungsländer sowie aufgrund der eindrucksvollen Erfolge des eigenen Entwicklungsmodells gelungen, sich als die bessere Alternative zum Westen darzustellen. Chinesische Politik wirkt in Afrika glaubwürdiger und verzichtet nicht zuletzt auf jegliche Kritik an Menschenrechtsverletzungen, Demokratiedefiziten oder mangelnder politischer Legitimation von Regierungen. Die Regierungspolitik zur Mehrung des politischen Einflusses und zur Erschließung von Rohstoffquellen wurde begleitet von der Gründung von mehr als 600 chinesischen Firmen und deren Vertretungen auf dem afrikanischen Kontinent während der letzten zehn Jahre, einer wachsenden Zahl chinesischer Touristen und Händler sowie mehrerer zehntau-

send chinesischer Staatsbürger, die sich in den Ländern Afrikas über kurz oder lang angesiedelt haben.

Insbesondere die US-amerikanische Regierung betrachtet das chinesische Engagement in Afrika mit Argwohn. Chinesische Interessen und die Politik, mit denen diese in Afrika verfolgt werden, laufen dem bekannten Ziel des Exports demokratischer Regierungsformen zuwider. China sichert seine Interessen durch politisches Wohlwollen ab und hat in Afrika viel zu verlieren, denn 30% der chinesischen Ölimporte stammen aus afrikanischen Ländern. Insbesondere der Sudan spielt eine wichtige und auch exemplarische Rolle. Chinesische Unternehmen haben massiv in die Ausbeutung der von westlichen Unternehmen gemiedenen Ölvorkommen des Landes investiert, die chinesische Regierung stützt das Regime nicht zuletzt durch ihre Vetomacht gegen Sanktionen im UN-Sicherheitsrat und mit der Produktion von Waffen und Munition im Land selbst.

Die USA sind in diesem Zusammenhang in ihrer Haltung gegenüber China zurückhaltend – wohl nicht zuletzt, weil sie selbst wirtschaftlich vom chinesischen Engagement in Afrika zu profitieren hoffen. Eine Studie der amerikanischen Regierung kam kürzlich zu dem Schluss, dass chinesische Einkäufe von Energieträgern und Anteilen an entsprechenden Vorkommen in Afrika für die USA zumindest neutral seien. Letztlich könnte sich das chinesische Engagement auf dem Energiesektor von Staaten, die von westlichen Firmen aus unterschiedlichen Gründen gemieden werden, sogar positiv auswirken. Die Erschließung von Vor-

kommen dort, so hofft man im amerikanischen Energieministerium, könne zu einer Entlastung der internationalen Energiemärkte auf der Nachfrageseite und damit zum Nachlassen der Preise führen.

Aber auch in Afrika ist der chinesische Erfolg nicht ungetrübt. Neuerdings erheben sich zunehmend kritische Stimmen, die vor einer Überschwemmung der afrikanischen nationalen Märkte mit billigen chinesischen Importwaren warnen. In Nigeria, dessen Außenminister nur zwei Stunden für seinen chinesischen Amtskollegen auf Afrika-Tour erübrigen konnte, wurden schon chinesische Markthändler ausgewiesen, die ohne Handelslizenz operierten. Auch Libyen hatte der chinesische Außenminister auf seiner Reise offensichtlich wenig zu bieten. Aus libyscher Sicht erreicht die chinesische Technologie zur Ausbeutung von Ölvorkommen nicht den westlichen Stand der Technik und ist damit wenig attraktiv. Die libysche Regierung scheint nicht bereit zu sein, sich auf die Rolle eines Lieferanten billigen Öls für China beschränken zu lassen. Es wird vielmehr vermutet, dass Taiwan mit dem Angebot direkter Investitionen in die libysche Wirtschaft der attraktivere Partner für Gaddafi sein könnte.

Wie sehr China bemüht ist, sich mit dem ölfreien Libyen gutzustellen, zeigt ein Bericht, demzufolge der Sohn Muammar Gaddafis im Namen seines Vaters den taiwanischen Präsidenten Chen Shuibian nach Tripolis eingeladen haben soll. Zwar wurde dies später von der libyschen Regierung dementiert, die chinesische Regierung verzichtete jedoch entgegen ihrer sonstigen Praxis auf die vehemente Forderung nach einer

Richtigstellung und Entschuldigung seitens der libyschen Regierung. (ST, 23.1.06; XNA, 7.3.06; FT, 1.3.06; FT, 23.2.06)

USA und China im Dialog über Lateinamerika

Die Volksrepublik China engagiert sich auf der Suche nach internationalem Einfluss, Rohstoffen und Märkten seit geraumer Zeit in Lateinamerika, dem politischen Hinterhof und unmittelbaren Einflussgebiet der USA. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat diese Entwicklung bereits mit wachsenden Augen beobachtet. Nunmehr scheint jedoch ein Punkt erreicht, der es notwendig erscheinen lässt, mit der chinesischen Regierung das Gespräch über deren Lateinamerika-Politik zu suchen.

Erstmals wird zu diesem Zweck mit Thomas Shannon ein hochrangiger Regierungsvertreter (Assistant Secretary for Western Hemisphere Affairs) aus Washington Beijing besuchen. Offiziell soll dieser Besuch dem Gedankenaustausch über die jeweiligen Beziehungen sowohl der Vereinigten Staaten als auch der Volksrepublik China zu den Ländern Lateinamerikas dienen. Man wolle sich, so hieß es im chinesischen Außenministerium, über die jeweilige Lateinamerika-Politik und den Stand der Kooperation beider Länder mit Lateinamerika austauschen.

Shannon werde China auf Einladung des Leiters der Lateinamerika-Abteilung im chinesischen Außenministerium Zeng Gang besuchen, so der Sprecher Qin Gang. China ist offensichtlich bemüht, Befürchtungen seitens der USA auszuräumen, die wachsende chinesische Präsenz könne sich negativ auf

die Beziehungen Washingtons zu seinen südlichen Nachbarn auswirken. Qin betonte weiterhin, das chinesische Engagement in Lateinamerika richte sich nicht gegen Dritte und verletze grundsätzlich nicht die Interessen irgendeines anderen Staates. Für die Gespräche gäbe es keinen konkreten Anlass, es handle sich vielmehr um einen Bestandteil des strategischen Dialogs zwischen China und den USA, so Qin abschließend. (XNA, 23.3.06)

Asiatisch-pazifische Antwort auf Kyoto

Bereits im Januar trafen sich Vertreter der Volksrepublik China, Japans, Indiens, Südkoreas, Australiens und der Vereinigten Staaten, um einen Fonds zur Reduzierung der Treibhausgase aus der Taufe zu heben. Die beteiligten Staaten, die zusammen für die Hälfte der weltweiten Treibhausgase verantwortlich zeichnen, wollen die Emissionsmengen der klimarelevanten Abgase in erster Linie durch die Förderung sauberer Technologien reduzieren. Neben Politikern waren auch Vertreter der Privatwirtschaft auf dem Treffen zugegen. Das inaugurale Treffen der „Asia-Pacific Partnership on Clean Development“ basiert auf dem Konsens zwischen den beteiligten Staaten, dass in diesem Kooperationsprozess anders als im so genannten Kyoto-Protokoll keine verbindlichen Zielgrößen der Reduktion oder Zeitpläne zur Umsetzung dieser Verpflichtungen vorgeschrieben werden sollen. Damit steht diese Partnerschaft für saubere Entwicklung den verbindlichen Zielen des Kyoto-Protokolls und des Programms zur Klimakontrol-

le diametral entgegen. Australien und die USA sind die beiden Länder innerhalb dieser Staatengruppe, die das Kyoto-Abkommen nicht unterzeichnet haben.

Die Asia-Pacific Partnership lehnt auch eine generelle Reduzierung des Energieverbrauchs weitestgehend ab. Ökonomisches Wachstum korreliere der Auffassung in diesen Staaten zufolge vielmehr mit erhöhtem Energiebedarf und entsprechendem Verbrauch. Eine Verpflichtung zur Reduzierung des Energieverbrauchs wird als Entwicklungshemmnis betrachtet. Gerade China, Indien und anderen Schwellenländer bzw. armen Staaten dürfe der Weg zu mehr Wohlstand und somit zu einem höheren Maß an Umweltschutz durch rigide globale Regeln nicht verwehrt werden. Gleichzeitig sei man andererseits jedoch überzeugt, dass es für die Erforschung erneuerbarer Energien des Engagements privater Unternehmen bedürfe. Es handle sich daher um eine vorausschauende und adäquate Politik, diese Forschung mit dem nun beschlossenen Fonds zu unterstützen. Im Abschlusskommuniqué des Treffens heißt es zu diesem Aspekt folglich, der Energiebedarf werde künftig weiter wachsen und in den kommenden Jahrzehnten erhebliche Investitionen erfordern. Man stimme weiterhin darin überein, dass die Versorgung mit fossilen Energieträgern auf absehbare Zeit die Grundlage der Volkswirtschaften der beteiligten Staaten bleiben werde. Als Ausweg werden hier jedoch nicht nur erneuerbare Energiequellen genannt. Vielmehr wollen China, Indien, Japan, Südkorea, Australien und die Vereinigten Staaten künftig offenbar auch auf den Ausbau der Kernenergie setzen. (SCMP, 13.01.06; WSJ, 11.01.06)

China gratuliert Lukaschenko

Die Volksrepublik China ist eines der wenigen Länder, die sich ausgezeichneter Beziehungen zu Weißrussland und dessen Präsident Lukaschenko erfreuen. Da die chinesische Regierung in ihrer Außenpolitik nach wie vor den klassischen modernen Vorstellungen von Souveränität und den Prinzipien der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten folgt, war auch der im Zusammenhang mit den weißrussischen Präsidentschaftswahlen in Westeuropa erhobene Vorwurf von Demokratiedefiziten für die chinesische Regierung kein Thema. Als eine der ersten Regierungen gratulierte die chinesische Regierung Lukaschenko zur Wiederwahl ins Präsidentenamt. Das Glückwunschtelegramm im Namen Hu Jintaos wurde schon im Anschluss an die erste Hochrechnung abgesendet, noch bevor die Stimmen endgültig ausgezählt waren. China, so Hu Jintao in seiner Glückwunschschaft unmittelbar im Anschluss an die Hochrechnungen, die Lukaschenko zum Wahlsieger erklärten, respektiere den Entwicklungsweg, den Weißrussland gewählt habe. Er hoffe, so Hu weiter, dass sich die Beziehungen zwischen beiden Ländern auf der Basis der Fünf Prinzipien der Friedlichen Koexistenz weiter entwickeln werden und ein hohes Maß an gegenseitigem Vertrauen und Kooperation zwischen China und Weißrussland realisiert werden können. (XNA, 23.3.06)

Innenpolitik

Heike Holbig und Katrin Willmann

Ungewisse politische Zukunft für erkrankten Huang Ju

Huang Ju, Mitglied des neunköpfigen Ständigen Ausschusses des Politbüros und erster stellvertretender Ministerpräsident, ist seit Mitte Januar 2006 zu wichtigen politischen Anlässen nicht mehr in der Öffentlichkeit erschienen. Spekulationen über eine schwere Erkrankung des 68-jährigen wurden Mitte Februar offiziell bestätigt. Soweit aus üblicherweise gut informierten Hongkonger Quellen zu erfahren ist, leidet Huang an Bauchspeicheldrüsenkrebs, einer verhältnismäßig schwer zu behandelnden Krebsform. Zwar wurde Anfang März vermeldet, dass Huang Ju nach längerem Klinikaufenthalt auf dem Weg der Besserung sei, doch steht seine weitere politische Zukunft bis auf Weiteres im Ungewissen.

Wie in internationalen Finanzkreisen befürchtet wird, könnte die Erkrankung Huang Jus, der als erster stellvertretender Ministerpräsident für Finanz- und Wirtschaftspolitik verantwortlich ist, dazu führen, dass anstehende Entscheidungen im Bereich der Banken- und Finanzsektorreform verzögert werden. Dazu zählen auch Entscheidungen über Restrukturierungen verschiedener heimischer Banken sowie die Beteiligung ausländischer Banken an chinesischen Bankhäusern. Die Unsicherheit im finanzpolitischen Bereich dürfte sich allerdings insofern in Grenzen halten, als wichti-